Niederschrift

über die 35. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 09.04.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin

2. Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides nach § 26 GO NRW gegen den Bau und den Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für geflüchtete Menschen in Geilenkirchen, Landstraße
   Vorlage: 3296/2025

3. Fortsetzung der Verhandlungen zur Errichtung und zum Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für geflüchtete Menschen (ZUE) durch das Land NRW
   Vorlage: 3298/2025

4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten in den städtischen Schulen (Offene Ganztagsschulen)
   Vorlage: 3262/2025

5. Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen
   Vorlage: 3299/2025

6. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Geilenkirchen
   Vorlage: 3295/2025

7. Anpassung der Gesellschaftsverträge und Satzungen von Beteiligungen des Kreises Heinsberg an die geänderten Vorschriften der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) bei den Tochtergesellschaften der NEW AG
   Vorlage: 3256/2025

8. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Netz GmbH an der Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH
   Vorlage: 3257/2025

9. Bericht über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage im 1. Quartal 2025
   Vorlage: 3241/2025

10. Future Site InWest - Industriegebiet Lindern - Beratung und Beschlussfassung über den städtebaulichen Entwurf
    Vorlage: 3290/2025

11. 77. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen – Gillrath „Bredriesch“
    Geltungsbereich: Fläche im Stadtteil Gillrath, nördlich und südlich der Straße „Bredriesch“, östlich der Birgdener Straße (K 3) und westlich des Hatterather Wegs
    - Beratung und Beschluss über die Abwägung der während der frühzeitigen Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
    - Beratung und Beschluss über den Entwurf der 77. Flächennutzungsplanänderung zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
    Vorlage: 3276/2025

12. Bebauungsplan Nr. 119 der Stadt Geilenkirchen – „Gillrath – Bredriesch“
Geltungsbereich: Fläche im Stadtteil Gillrath, nördlich und südlich der Straße „Bredriesch“, östlich der Birgdener Straße (K 3) und westlich des Hatterather Wegs
- Beratung und Abwägung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 3275/2025

13. Antrag der CDU Fraktion "Bürgerbeteiligung zur Entwicklung kleiner Wohnformen"
Vorlage: 3293/2025

14. Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtzentrum in 2025
Vorlage: 3272/2025

15. Aufstellung über Vergütungen für wahrgenommene Mandate und Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin in 2024
Vorlage: 3255/2025

16. Änderung der Ausschussbesetzung
Vorlage: 3297/2025

17. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

18. Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Cornelia Banzet
4. Marko Banzet
5. Maria Beaujean
6. Heike Becker
7. Hans-Jürgen Benden
8. Maja Bintakys-Heinrichs
9. Karola Brandt
10. Stefan Coenen
11. Karl-Peter Conrads
12. Michael Cremerius
13. Markus Diederen
14. Sonja Engelmann
15. Franz-Peter Fröschen
16. Helmut Gerads
17. Christoph Grundmann
18. Christina Hennen
19. Judith Jung-Deckers
20. Stefan Kassel

21. Robert Kauhl
22. Wilfried Kleinen
23. Dirk Kochs
24. Christian Kravanja
25. Willi Münchs
26. Hans-Josef Paulus
27. Hannelore Peter
28. Gero Ronneberger
29. Manfred Schumacher
30. Norwin Sommerfeld
31. Lars Speuser
32. Jürgen Steegers
33. Ruth Thelen
34. Harald Volles
35. Max Weiler

von der Verwaltung

36. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
37. Joachim Grünewald
38. Christina Kamphausen
39. Beigeordneter Stephan Scholz

Entschuldigt:

Mitglieder

40. Michael Kappes
41. Mario Karner
42. Ursula Rudzki
43. Barbara Slupik

von der Verwaltung

44. Christoph Nilles

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 35. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 09.04.2025 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen. Sie begrüßte ebenfalls eine Gruppe Studierender der HSPV NRW, die im Rahmen ihres Studiums die Ratssitzung besuchten.

Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung vom 01.04.2025 form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Es gab eine Einwendung gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen vom 05.02.2025, die sie verlas und die der Niederschrift der heutigen Sitzung als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle den Kämmerer Herrn Nilles, Stadtverordnete Rudzki, Stadtverordneten Kappes, Stadtverordnete Slupik und Stadtverordneten Karner. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordneter Cremerius erklärte seine Befangenheit beim Tagesordnungspunkt zehn.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Grundschulalter

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, dass bekanntermaßen ab dem Schuljahresbeginn 2026/2027 ein Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für jedes neu eingeschulte Grundschulkind nach dem Bundesgesetz SGB VIII bestehe. Die Landesregierung habe sich jedoch dazu entschlossen, auf ein Landesumsetzungsgesetz zu verzichten und lediglich den sogenannten Ganztagserlass angepasst. In einem von den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam in Auftrag gegebenen Gutachten sei unter anderem herausgearbeitet worden, dass es bislang an einer den verfassungsrechtlichen Ansprüchen genügenden Übertragung der Aufgabe der Grundschulkinderganztagsbetreuung auf die Kommunen fehle. Angesichts der enormen erforderlichen investiven Kosten, aber auch aufgrund der fortlaufenden Belastungen in den Folgejahren würden die Kommunalen Spitzenverbände davon ausgehen, dass eine Klärung der Rechtmäßigkeit, der ohne vollen Kostenausgleich erfolgten Aufgabenübertragung auf die Kommunen, im Interesse aller Kommunen liege. Zumal es ohne gesetzliche Grundlage auch an einer Aussage zur Konnexitätsrelevanz der Aufgabenübertragung fehle.

Der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund würden diese offenen Fragen gerichtlich klären lassen wollen und dafür Musterklagen einiger Kommunen anstreben. Die Kosten sollen solidarisch von möglichst vielen Kommunen getragen werden. Hierfür hätten die Verbände die Kostenbeiträge nach Einwohnerzahl gestaffelt. Die Verwaltung habe dem Städte- und Gemeindebund bereits mitgeteilt, dass sie sich mit einem Kostenbeitrag von maximal 600 Euro an den Musterklagen beteiligen werde.

Teilnahme der GGS Geilenkirchen am Startchancen-Programm des Landes NRW

Die GGS Geilenkirchen sei vom Schulministerium NRW ausgewählt worden, um ab dem laufenden Schuljahr für die Dauer von 10 Jahren am Startchancen-Programm des Landes NRW teilzunehmen. Entgegen einer anderslautenden Presseveröffentlichung nehme nicht nur das Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik aus dem Kreis Heinsberg hieran teil, sondern neben der GGS Geilenkirchen noch zwei weitere Grundschulen in Erkelenz und Hückelhoven. Grundlage für die Teilnahme an diesem Programm sei der durch das Land festgestellte Sozialindex der jeweiligen Schulen.

Mit der Teilnahme an diesem Programm seien verschiedene Fördermöglichkeiten eröffnet worden, die sich wie folgt darstellen würden:

1. Säule: Investitionen in eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung (rund 629.500 Euro bis 2034). Hieraus könnten 70 % der förderfähigen Gesamtausgaben finanziert werden; daneben wäre ein städtischer Eigenanteil von 30 % erforderlich,
2. Säule: Chancenbudget für bedarfsgerechte Lösungen in der Schul- und Unterrichtsentwicklung (ca.16.000 Euro, kein städtischer Eigenanteil),
3. Säule: Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams (eine halbe Stelle für Sozialarbeiter o. Ä., kein städtischer Eigenanteil).

Für das Investitionsbudget würden durch die Verwaltung in enger Abstimmung mit der Schulleitung und der Schulaufsicht Konzepte erarbeitet, damit die erforderlichen Eigenanteile in den nächsten Haushaltsjahren bereitgestellt werden könnten. Weitere Informationen würden folgen, wenn das notwendige Konzept erstellt worden sei.

TOP 2 Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides nach § 26 GO NRW gegen den Bau und den Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für geflüchtete Menschen in Geilenkirchen, Landstraße

3296/2025

Beschluss:

Das Abstimmungsergebnis zum Bürgerentscheid gemäß § 26 GO NRW mit folgender Fragestellung:
„Sind Sie dagegen, dass auf dem Grundstück Flur 44, Flurstück 181 in Geilenkirchen eine „Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE)" zur Unterbringung von maximal 350 geflüchteten Menschen durch die Bezirksregierung Köln errichtet, betrieben und sicherheitstechnisch betreut wird und die Stadt die Verhandlungen mit der Bezirksregierung Köln über die Errichtung einer ZUE fortführt, weil in der Nähe zwei kleine Dörfer - Rischden und Hochheid mit einer in Summe deutlich geringeren Bevölkerungsanzahl (250) als die ZUE maximal an Bewohnerinnen und Bewohner aufweisen wird - vorhanden sind und der Standort auf dem als Gewerbefläche definierten Areal des Gewerbegebietes An Fürthenrode in unmittelbarer Nähe der dort ansässigen Unternehmen liegt und die Stadt Geilenkirchen die verpflichtend aufzunehmenden Flüchtlinge ohne Wohnsitzauflage auch dezentral oder zumindest in einer ZUE an einem anderen Ort unterbringen könnte, ohne dass die Gemeinschaft aus Bevölkerung und Gewerbetreibenden durch die Platzierung einer ZUE an diesem Ort systemrelevanten Veränderungen des Wohn- und Gewerbeumfelds ausgesetzt wäre?“

wird wie folgt festgestellt:

Abstimmungsberechtigte lt. Abstimmungsverzeichnis:	22.587
Abstimmende insgesamt:	10.534
Ungültige Stimmen:	18
Gültige Stimmen:	10.516
Ja-Stimmen:	4.644
Nein-Stimmen:	5.872

Damit ist die Frage mehrheitlich und mit dem erforderlichen Quorum mit Nein beantwortet worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	1

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Fortsetzung der Verhandlungen zur Errichtung und zum Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für geflüchtete Menschen (ZUE) durch das Land NRW

3298/2025

Die Verwaltung erklärte, dass die der Einladung beigefügte Fassung des Kooperationsvertrags noch nicht abschließend verhandelt sei, sondern lediglich als erstes Muster vorliege. An einigen Stellen müssten die Regelungen noch konkretisiert werden, insbesondere aus politischer Sicht. Dies sei der Bezirksregierung bereits mitgeteilt worden. Über die endgültige Version würde der Rat in einer späteren Sitzung entscheiden, ebenso über den noch nicht vorliegenden Pachtvertrag, jedoch im nichtöffentlichen Teil. Möglicherweise müsse auch ein Vertrag über die Tiefbauarbeiten geschlossen werden. Hierzu würden noch Gespräche mit der Bezirksregierung geführt.

Die Fraktionen teilten ihre Anregungen für die Ausgestaltung des Vertrages mit, die die Verwaltung in den weiteren Verhandlungen berücksichtigen wolle.

Die FDP-Fraktion beantragte, den Beschlussvorschlag von „auf der Grundlage“ zu „in Anlehnung an den beigefügten Kooperationsvertrag“ zu ändern.

Die Bürgerliste regte an, bei der Vertragslaufzeit und bei der angegebenen Personenanzahl jeweils das Wort „maximal“ zu ergänzen. Außerdem müssten die Rechte und Pflichten beider Parteien konkretisiert und detaillierter festgehalten werden. Die Verwaltung erklärte, dass einige Punkte bereits im Pachtvertrag konkretisiert seien, man an ein paar Stellen jedoch noch nachjustieren wolle.

Die CDU-Fraktion schlug vor, den Vertrag um Regelungen zu einem Sonderkündigungsrecht im Einzelfall zu erweitern und die Anrechnung der Geflüchteten näher auszuführen. Sie warf insbesondere die Frage auf, was passieren würde, wenn sich in der Zukunft die gesetzliche Grundlage für die Anrechnung ändern würde. Ein solches Szenario dürfe sich nicht nachteilig für die Stadt auswirken.

Die SPD äußerte den Wunsch zu klären, ob die Stadt ein Mitspracherecht bei den durch das Land beauftragten Dienstleistern habe, insbesondere falls es während der Vertragslaufzeit zu Unstimmigkeiten kommen sollte.

Auf die Frage von Bündnis 90/Die Grünen, ob man sich auch später noch mit weiteren Ideen an die Verwaltung wenden könnte, antwortete diese, dass Anregungen auch nach der Sitzung gerne mitgeteilt werden könnten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an den beigefügten Kooperationsvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur Durchführung des Aufbaus einer Landesunterkunft mit maximal 350 Plätzen auf dem städtischen Grundstück Gemarkung Geilenkirchen, Flur 44, Flurstück 181, zu verhandeln. Ebenso ist ein entsprechender Pachtvertrag zu verhandeln. Beide Verträge sind vor dem Abschluss durch den Rat zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten in den städtischen Schulen (Offene Ganztagsschulen)

3262/2025

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten in den städtischen Schulen (Offene Ganztagsschulen) in der als Vorlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Anderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen

3299/2025

Die Verwaltung teilte mit, dass die geplante Beitragserhöhung im Jugendhilfeausschuss abgelehnt wurde. Daher habe die Verwaltung in der Ratsvorlage nochmals die finanziellen Hintergründe erläutert und einen Kompromissvorschlag unterbreitet, auch wenn sie die Haltung der Ausschussmitglieder nachvollziehen könne. Letztlich handle es sich jedoch um eine originäre Entscheidung der Politik.

Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dem Jugendhilfeausschuss komme eine besondere Bedeutung zu, da auch fachliche Experten Mitglieder des Ausschusses seien. Daher solle man auf deren Expertise vertrauen. Außerdem seien die Beiträge im vergangenen Jahr bereits um etwa 10 % gestiegen. Geilenkirchen gehöre bereits jetzt zu den Städten mit den höchsten Kita-Beiträgen in der Region. Die Fraktion verdeutlichte die zusätzlichen Belastungen, die durch eine erneute Beitragserhöhung entstehen würden und führte konkrete Beispiele sowie Zahlen an. Insbesondere Geringverdiener, junge Familien und Mütter wären hiervon betroffen und könnten sich die erhöhten Kosten nicht mehr leisten. Falls Kinder daraufhin nicht mehr in die Kita gehen würden, wären die langfristigen sozialen Nachteile – die letztlich durch den Sozialstaat ausgeglichen werden müssten – höher als die zusätzlichen Kosten, die der städtische Haushalt ohne Beitragserhöhung tragen müsste. Die Grünen beantragten daher, die Elternbeiträge in diesem Jahr nicht zu erhöhen und stattdessen im kommenden Jahr eine inhaltlich überarbeitete Beitragstabelle zu erstellen.

Die SPD unterstützte die Position der Grünen und untermauerte deren Argumente mit weiteren Zahlen. Auch unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels halte man eine Beitragserhöhung für nicht zielführend.

Die Bürgerliste sprach sich ebenfalls gegen eine Beitragserhöhung aus.

Die CDU wies darauf hin, dass im Sinne des Konnexitätsprinzips das Land die Kommunen finanziell stärker unterstützen müsse. Bis eine solche Unterstützung gewährleistet sei, würden einige Stadtverordnete jedoch einer Erhöhung zustimmen.

Beschluss:

Die Beitragssätze der aktuellen Beitragstabelle gelten ab dem 01.08.2025 weiterhin. Die Verwaltung wird mit einer Überarbeitung der Beitragstabelle beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	4
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 6 Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Geilenkirchen

3295/2025

Die CDU erklärte, dass man zwar Verständnis für das Thema habe, die Vorgaben des Landes für die Bürger jedoch nur schwer umsetzbar seien. Es gebe zahlreiche vermeintliche

Bioabfälle, die nicht in die Biotonne gehören würden. Zudem sei die Auflistung der Verwaltung nicht abschließend, weshalb man den Bürgern die strengeren Vorschriften nicht zumuten könne. Es wurde gefragt, ob es nicht rechtssicherer sei, den Abfall einfach im Restmüll zu entsorgen, auch wenn dies nicht nachhaltig sei.

Die SPD wies darauf hin, dass die Bürger zeitnah informiert werden müssten, und zwar nicht nur in Deutsch. Allerdings bezweifelte sie, dass dies in ausreichendem Maße gelingen werde. Weiterhin fehle es an einem klaren Landesgesetz, das eine abschließende Auflistung des zulässigen Mülls enthalten würde.

Die Verwaltung antwortete, dass es zwar rechtssicher sei, den Müll im Restmüll zu entsorgen, jedoch ökologisch nicht korrekt. Sie betonte, dass man daher erhebliche Aufklärungsarbeit leisten wolle, und zwar über alle verfügbaren Kanäle und in mehreren Sprachen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 3. Änderungssatzung in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	2
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 7 Anpassung der Gesellschaftsverträge und Satzungen von Beteiligungen des Kreises Heinsberg an die geänderten Vorschriften der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) bei den Tochtergesellschaften der NEW AG

3256/2025

Beschluss:

a) Der Anpassung der Gesellschaftsverträge der Beteiligungen
   1. NEW Smart City GmbH
   2. NEW Stadtentfalter Quartiere GmbH
   3. Stadtentfalter GmbH
   4. Stadtentfalter Jüchen GmbH
   5. NEW Re GmbH
   6. NEW Windenergie Verwaltung GmbH
   7. NEW Windpark Linnich GmbH & Co. KG
   8. Windpark Jüchen & NEW GmbH & Co. KG
   9. Windpark Jüchen & NEW Verwaltung GmbH
   10. NEW Windpark Jülich GmbH & Co. KG
   11. BMR Windenergie Jülich GmbH & Co. KG
   12. Stromnetzgesellschaft Schwalmtal GmbH
   13. Stromverwaltung Schwalmtal GmbH
   14. NEW Kreis Viersen GmbH
   15. D E M GmbH

   entsprechend den beigefügten Anlagen an die geänderten Vorschriften der GO NRW wird zugestimmt.

b) Die Vertreter des Stadtrates in der Kreiswerke Heinsberg GmbH, in der NEW Kommunalholding GmbH und in der NEW AG werden ermächtigt, die Änderungen umzusetzen und redaktionellen Anpassungen zuzustimmen und diese vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 8 Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Netz GmbH an der Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH

3257/2025

Beschluss:

1. Der Beteiligung der NEW Netz GmbH an der Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH wird mit dem als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag zugestimmt.

2. Die Vertreter des Stadtrates in den entsprechenden Gremien der Kreiswerke GmbH und des NEW-Konzerns werden ermächtigt, der Beteiligung sowie redaktionellen Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 9 Bericht über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage im 1. Quartal 2025

3241/2025

Die Verwaltung informierte, da der Kämmerer erkrankt sei, werde man die Informationen nachliefern.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 10 Future Site InWest - Industriegebiet Lindern - Beratung und Beschlussfassung über den städtebaulichen Entwurf

3290/2025

Stadtverordneter Cremerius verlies aufgrund seiner Befangenheit seinen Platz und kehrte nach der Abstimmung zurück.

Auf die Frage der Bürgerliste, ob sich der im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung ergänzte Teil des Beschlussvorschlags auf die Anbindung an den Fernverkehr beziehe, antwortete die Verwaltung, ja.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meinte, die Beratungen würden sich stets auf den Zeitraum beziehen, in dem die zusätzlichen Straßen gebaut seien. Allerdings sei der erste Bauabschnitt auch ohne die neuen Straßen möglich. Zudem sei noch unsicher, ob überhaupt neue Straßen gebaut würden. Bis eine endgültige Entscheidung getroffen sei, stünden noch zahlreiche Beteiligungsschritte an. Derzeit gebe es keine Investoren, viele unterschiedliche Meinungen zum aktuellen Stand und teils unrealistische Vorstellungen. So wolle man aufgrund des Platzmangels in die Höhe bauen und der Bauer solle seine Erdbeeren auf den Dächern von Gebäuden anbauen. Dies sei jedoch allein aufgrund von Sicherheitsmaßnahmen in Firmengebäuden nicht umsetzbar. Außerdem werde seit den 70er Jahren darüber gesprochen, dass sich viele Unternehmen hier ansiedeln würden, doch bisher sei nichts passiert. Nach Meinung der Fraktion sollte das Projekt eingefroren werden, bis eine Entscheidung über die zusätzlichen Straßen gefallen sei, andernfalls könne FSI finanziell zu einem Fass ohne Boden werden.

Die Verwaltung erklärte, dass sowohl dem Kreis als auch den Kommunen bewusst sei, dass zur Erschließung und der tatsächlichen Nutzung der Grundstücke weitere Entlastungsstraßen erforderlich seien. Die nächsten entscheidenden Schritte seien die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens und die frühzeitige Beteiligung. Die Geschäftsführung von FSI würde gerne bereits jetzt den Start des Bebauungsplanverfahrens beschließen. Die Kommunen und der Kreis hätten sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch bewusst gegen diesen Schritt entschieden, da noch nicht ausreichend verbindliche Informationen zu den Themen Straßenbau und Erschließung vorlägen. In der heutigen Sitzung gehe es daher zunächst nur um die Entscheidung zum städtebaulichen Konzept, also darum, ob in diese Richtung weitergeplant werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt das städtebauliche Konzept zum Bebauungsplan Nr. 122 – Industriegebiet „FUTURE SITE InWEST“ vor dem Hintergrund, dass die notwendige Erschließung zur Verabschiedung des Bebauungsplans gesichert ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	6
Enthaltung:	2

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 11 77. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen – Gillrath „Bredriesch“
Geltungsbereich: Fläche im Stadtteil Gillrath, nördlich und südlich der Straße „Bredriesch“, östlich der Birgdener Straße (K 3) und westlich des Hatterather Wegs - Beratung und Beschluss über die Abwägung der während der frühzeitigen Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Beratung und Beschluss über den Entwurf der 77. Flächennutzungsplanänderung zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

3276/2025

Beschluss:

1. Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung beschlossen.

2. Es wird beschlossen,
   a) den Entwurf der 77. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und zusätzlich öffentlich auszulegen. Hierdurch wird der Öffentlichkeit die Gelegenheit zur Abgabe von Stellungnahmen ermöglicht.
   b) gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu beteiligen und von ihnen Stellungnahmen zum Planentwurf und der Begründung einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 12 Bebauungsplan Nr. 119 der Stadt Geilenkirchen – „Gillrath – Bredriesch“ Geltungsbereich: Fläche im Stadtteil Gillrath, nördlich und südlich der Straße „Bredriesch“, östlich der Birgdener Straße (K 3) und westlich des Hatterather Wegs
- Beratung und Abwägung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

3275/2025

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meinte, sie habe hierzu bereits in der vorangegangenen Ausschusssitzung eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Man sei nicht gegen Neubaugebiete, allerdings würden nicht nur Einfamilienhäuser, sondern insbesondere auch Mehrfamilienhäuser benötigt werden, um allen Bürgern gerecht zu werden. Zudem sollte es nicht wieder ein Baugebiet von der Stange werden, daher müsse man zukunftsweisend denken. Beispielsweise habe es keine Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Nahwärmeversorgung gegeben, an die auch Bestandshäuser und die nahegelegene Kita angebunden werden könnten. Daher werde die Fraktion nicht zustimmen.

Die SPD stimmte den Grünen zu. Es fehle insbesondere an Mehrfamilienhäusern.

Beschluss:

1. Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung beschlossen.

2. Es wird beschlossen,

a) den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 119 der Stadt Geilenkirchen mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und zusätzlich öffentlich auszulegen. Hierdurch wird der Öffentlichkeit die Gelegenheit zur Abgabe von Stellungnahmen ermöglicht.
b) gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu beteiligen und von ihnen Stellungnahmen zum Planentwurf und der Begründung einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	12
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 13 Antrag der CDU Fraktion "Bürgerbeteiligung zur Entwicklung kleiner Wohnformen"

3293/2025

Auf die Frage der FDP, was die Durchführung der Umfrage für Mehrkosten verursache, antwortete die Verwaltung, dass die Umfrage mit einem seitens der Verwaltung bereitzustellenden kleinen Personalkostenanteil durchgeführt werden könnte. Die Spielplatzumfrage sei im Vergleich wesentlich aufwendiger gewesen.

Die SPD beantragte, einzeln über die im Beschlussvorschlag genannten Punkte abzustimmen, da sie die Umfrage für nicht notwendig erachte.

Beschluss 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verein „tinyways e.V.“ eine Online Umfrage durchzuführen, mit der der Bedarf an kleinen Wohnformen in Geilenkirchen erfasst wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	6
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

Beschluss 2:

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, Grundstücke zu identifizieren, die für die Ansiedlung kleiner Wohnformen geeignet sein könnten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	1

Einstimmig beschlossen.

Beschluss 3:

Ergibt sich aus der Online-Umfrage ein deutliches grundsätzliches Interesse der Bürgerinnen und Bürger an kleinen Wohnformen, wird die Verwaltung zur Grobkonzeptionierung einen öffentlichen Workshop – ggf. gemeinsam mit dem Verein „tinyways e.V“ – durchführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 14 Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtzentrum in 2025

3272/2025

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meinte, verkaufsoffene Sonntage seien grundsätzlich positiv und sollten auch bei anderen Veranstaltungen stattfinden. In Betracht würden z. B. der Kunsthandwerkermarkt, der diesjährige Markt der Möglichkeiten und viele weitere Events kommen. Dies solle die Verwaltung im nächsten Jahr berücksichtigen. Im letzten Jahr habe es zudem nur wenige Autoaussteller bei der Autoschau gegeben. Man fragte, wie viele Aussteller sich in diesem Jahr angemeldet hätten.

Die Verwaltung erklärte, dass aufgrund der geringen Anzahl an Ausstellern die Autoschau in diesem Jahr mit einer Gewerbeschau kombiniert würde. Zudem unterstütze die Stadt den Organisator, die Mediahuis Aachen GmbH, und habe unter anderem bereits einen Kinderflohmarkt eingeplant, der die Innenstadt zusätzlich beleben soll. Langfristig sei jedoch fraglich, ob die traditionelle Autoschau weiterhin Bestand haben werde.

Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen in der Innenstadt von Geilenkirchen im Jahr 2025 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 15 Aufstellung über Vergütungen für wahrgenommene Mandate und Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin in 2024

3255/2025

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt die Aufstellung zur Kenntnis.

TOP 16 Änderung der Ausschussbesetzung

3297/2025

Beschluss:

Die Ausschussbesetzung wird entsprechend angepasst. Herr Giernalzyk, wird zum stellvertretenden Mitglied des Kirchenkreises Jülich im Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 17 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Stadtverordneter Conrads teilte mit, dass er sich für die schnelle Reaktion der Verwaltung i. S. Bouleanlage am Bürgerhaus Bauchem im Namen der Boulespieler bedanke.

Auf die Frage des Stadtverordneten Schumacher, ob es Neuigkeiten bzgl. des alten Rewe-Areals gebe, antwortete die Verwaltung, dies sei nicht der Fall.

Stadtverordneter Kleinen fragte, ob die Einweihung des westlichen Teils der Fliegerhorstsiedlung und die Einweihung des neuen Feuerwehrfahrzeugs am Samstag, dem 26.04.2025 gleichzeitig stattfinden würden.

Die Verwaltung antwortete, die Einweihung in der Fliegerhorstsiedlung beginne um 16:30 Uhr. Zwar beginne die Veranstaltung zur Einweihung des Löschfahrzeugs ebenfalls um 16:30 Uhr, allerdings werde das Fahrzeug erst gegen 17:30 Uhr eingeweiht, sodass auch die Bürgermeisterin an beiden Events teilnehmen wird.

Stadtverordneter Ronneberger bezog sich auf die Abwasserleitungen in der Fliegerhorstsiedlung und teilte mit, dass die Abflussrohre der Häuser bis zum 31.03.2025 an den Kanal angeschlossen werden mussten. Er fragte, ob die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) der Auflage ebenfalls nachgekommen sei und wenn nicht, ob man ordnungsrechtlich gegen sie vorgehe könne. Weiterhin bemängelte er den Zustand des Spielplatzes im östlichen Teil der Siedlung, der nach wie vor nicht nutzbar sei. Die Situation würde dazu führen, dass Bewohner des östlichen Teils der Siedlung den neuen Spielplatz nutzen und es bereits zu Meinungsverschiedenheiten über die Nutzungsmodalitäten gekommen sei.

Die Verwaltung antwortete, die BImA habe die Abflussrohre für ihre Liegenschaften provisorisch oberirdisch an den Kanal angeschlossen. Damit sei dem Anschluss- und Benutzungszwang genüge getan. Eine Handhabe dagegen einzuschreiten bzw. die kurzfristige Änderung zu verlangen, habe die Verwaltung nicht. Sollten jedoch Grundstücke der BImA noch über die alten Entwässerungsleitungen entwässert werden, könne man der BImA unter Fristsetzung die Umklemmung auf die neuen Kanäle auferlegen. Nach Auskunft des Tiefbauamtes der Stadt sei der Auftrag der BImA an ein Tiefbauunternehmen zur unterirdischen Verlegung der Abwasserleitungen bereits erteilt, so dass die Arbeiten voraussichtlich in Kürze beginnen würden. Der Spielplatz im östlichen Teil der Siedlung gehöre ebenfalls der BImA und insoweit habe die Verwaltung dort derzeit keine Möglichkeit für eine Verbesserung zu sorgen. Man wolle sich jedoch mit der BImA in Verbindung setzen und gemeinsam überlegen, ob es Möglichkeiten gebe, den Zustand zu verbessern.

Stadtverordneter Ronneberger fragte, wo sich das Kunstwerk befinde, welches als Wandrelief im ehemaligen Postgebäude verbaut war, bis dieses abgerissen wurde.

Die Verwaltung antwortete, das Kunstwerk befinde sich in Verwahrung.

Auf die Frage von Stadtverordneter Banzet, wann sich die Gleichstellungsbeauftragte dem Rat vorstellen würde, antwortete die Verwaltung, krankheitsbedingt sei dies in der heutigen Sitzung nicht möglich gewesen. Man strebe eine Vorstellung in der nächsten Ratssitzung im Mai an.

Stadtverordneter Gerads erkundigte sich nach dem Zeitfenster zur Fertigstellung der Außenanlagen im Bereich der Turnhalle der GGS Gillrath und bat um Mitteilung, wann die Vereine die Turnhalle nutzen dürfen.

Die Verwaltung antwortete, dass man sich diesbezüglich in den Fachämtern informieren und den Fraktionen eine Rückmeldung geben werde.

Anmerkung:

Die Informationen liegen inzwischen vor: Mit der Fertigstellung der Außenanlagen (außer der Bepflanzung) wird kurz nach den Osterferien gerechnet. Wegen einiger Schadstellen in der Versiegelung des Hallenbodens (Gewährleistungsschaden) wird diese in den Osterferien erneuert. Daher wurde vereinbart, die Vereinsnutzung derzeit noch nicht zuzulassen. Sobald die Versiegelung erfolgt ist, wird die Halle auch für die Vereine freigegeben. Voraussichtlich dann auch kurz nach den Osterferien.

TOP 18 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Fragen.

Die Sitzung endete um 19:53 Uhr.

Vorsitzende

Bürgermeisterin
Daniela Ritzerfeld

Christina Kamphausen
Schriftführerin